

Zeitschrift: Argovia : Jahresschrift der Historischen Gesellschaft des Kantons Aargau

Herausgeber: Historische Gesellschaft des Kantons Aargau

Band: 33 (1909)

Artikel: Bürgerrecht und Hausbesitz in den argauischen Städten

Autor: Merz, Walther

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-39404>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

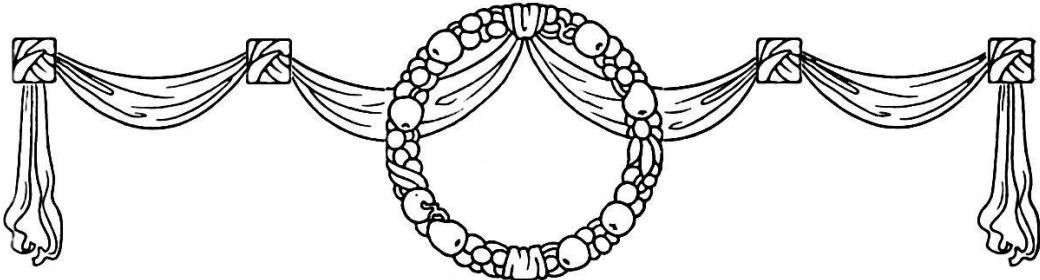
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bürgerrecht und Hausbesitz in den argauischen Städten.

□ □

Von WALTHER MERZ.

□ □



och zu Lebzeiten seines ältern Bruders Herzog Berchtolds III. gründete Konrad von Zäringen im Jahre 1120 „in loco mei proprii iuris scilicet Friburg“ einen Markt und lud von allenthalben her Kaufleute ein, sich da anzusiedeln, indem er ihnen Hofstätten (haree) anwies mit dem Gedinge, daß sie davon jährlich auf S. Martins Tag einen Schilling Zins zu entrichten hätten,¹ die darauf zu erstellenden Häuser ihnen dagegen zu Eigentum gehören sollten.² Mit Rücksicht hierauf wurde der als Bürger (burgensis) bezeichnet, qui proprium non obligatum sed liberum valens marcham unam in civitate habuerit. Diese Formel war mit dem Hofstättenzins wohl vereinbar: der Zins wurde von der Hofstatt gezahlt, das Haus galt gemäß der Zusicherung (domos in proprium ius edificandas) als unbelastetes Eigen, und es war nur die folgerichtige Weiterbildung dieser Rechtsauffassung, wenn das Bürgerrecht auf dem Hause haftend gedacht wurde. Und wie das Haus als „Besserung“ der Hofstatt erschien, so konnte es selbst weitere Besserungen erfahren und dadurch einen erheblich höheren Wert bekommen. Da war es wieder nur konsequent, wenn nicht das ganze Haus für das Bürgerrecht haftete, sondern mindestens die Überbesserung dem freien Verkehr unterstund und daher auch — z. B. durch Verkauf einer Rente — belastet werden konnte. Hieraus entwickelte sich dann allgemein der Satz, daß nur ein bestimmter Teil der Häuser des Bürgerrechts

wegen frei bleiben müsse, und dieser Teil ward verschieden — auf die Hälfte, einen Vierteil usw. entweder des ganzen Hauses oder sogar nur des ursprünglich geforderten Betrages — festgesetzt. So bestimmte das Stadtrecht von Freiburg i. B. von 1275:

Es enmag nieman burger werdin, nuwande er heige zem mineſten ein ahtot teil an eime hus, daz zweiger march wert ſi, vnd vnuerkümirt. Het aber ein burger nuwont ein ahtot teil, das zweier march wert iſt, ſwenne der ſtirbet, fo ſint ellü ſinü kint an demſelbin burger, ſwie vil der iſt.³

Ebenso das Stadtrecht von 1293⁴; beide verlangten also den achten Teil von zwei Mark als freies Eigen, d. h. auf eine Mark berechnet, einen Vierteil. Sie ordnen auch den Fall des Unterganges des Hauses durch Brand:⁵

Swem ſin hus verbrinnet, der verlüret nüt ſin burgreht, alle die wil fo er ſtüre vnd gewerf git vnd zinſe; kovft aber ein andire die hofſtat, der iſt nüt burger daran, er buwe denne ein hus darvf.

Der Brandbeschädigte verlor also sein Bürgerrecht nicht, solange er den Arealzins entrichtete und den übrigen bürgerlichen Verpflichtungen nachkam; ein neuer Erwerber der Brandstelle aber erwarb das Bürgerrecht erst durch den Neubau des Hauses. So betont Freiburg scharf den Besitz eines Hauses, und das Haus spielt denn auch im Freiburger Stadtrecht überhaupt eine bedeutende Rolle: das Haus des flüchtigen Totschlägers wird zerstört, ebenso das Haus des Bürgers, der die Reise versäumt; wer des Herrn Huld verliert, d. h. ein Verbrechen gegen den Frieden als Grundlage des Gemeinwesens — namentlich eine Vergewaltigung — begeht, kann nur mit dem Hause „gezwungen“ werden.

Im späteren Rechte, vorab bei den Tochterstädten Freiburgs, nahm die Entwicklung, die am besten für die Ausburger verfolgt werden kann, etwa folgenden Gang. Während einzelne Städte am Besitz eines Hauses, bezw. eines bestimmten Teiles hievon, festhielten, genügte anderwärts der Besitz von Grund und Boden innerhalb des Friedkreises. Dann ward dem Hausbesitz auch der Erwerb einer Rente ab einem städtischen Hause gleichgestellt: ab demselben Hause konnte demnach eine Mehrzahl Bürger sein — durch den freien Teil des Hauses d. h. Eigentum oder Miteigentum daran und durch darab erworbene Renten. Ja schließlich genügte die Erlegung einer Summe, die auf städtische Liegenschaften geschlagen werden sollte, oder deren bloße Verbürgung durch Stadtbürger. Und sogar auf die Sicherstellung wurde verzichtet; man begnügte sich mit der Verschreibung von Hab und Gut des Ausbürgers, das nicht in der Stadt lag; von der bestimmten Summe mußte der jährliche Zins entrichtet, bei Aufgabe oder Verwirkung des Bürgerrechts sollte die Summe selbst bezahlt werden; sie wurde meist auf ein öffentliches Gebäude (Rathaus, in Bern auch Kefiturm, Kaufhaus, Brotschale usw.) „geschlagen“. Nur ganz ausnahmsweise wurde die Verlegung auf auswärtige Güter gestattet. An Stelle des Haus- oder Grundbesitzes selbst trat also dessen Fiktion, hiezu auch wohl noch die Fiktion des Wohnens in diesem finanzierten Sitze; in Bern z. B. ergingen die Ladungen an Ausburger an das Udelhaus. Sowohl die Gerechtigkeit am Hause als der stellvertretende Geldbetrag hieß nämlich mehrerorts Udel. Der jährlich zu entrichtende Udelzins vertrat dann die vom einzelnen wirklich in der Stadt wohnenden Bürger zu entrichtenden Steuern und zu leistenden persönlichen Dienste, daher es hieß, er befreie von Tellen und Wachten.⁶

Die Entwicklung im einzelnen zu verfolgen, ist nicht Aufgabe dieser Arbeit. Sie will nur zeigen, daß, was in dieser Richtung in Freiburg i. B. und dessen Tochterstädten, aber auch in andern nicht mit Freiburger Recht bewidmeten Städten Rechtens war, den argauischen Städten ebenfalls nicht fremd blieb, und mit der Zusammenstellung des wenig oder bisher gar nicht bekannten Materials anregen zu einer Untersuchung dieser Fragen auf breiterer Grundlage.

Von Freiburg i. B. brachte nämlich um 1258 Graf Rudolf von Habsburg deren Recht der Stadt Bremgarten, und von Bremgarten übernahm es Arau, um es seinerseits auf Brugg und Sursee und durch Brugg auf Lenzburg zu übertragen; all diese Städte haben daher die Bestimmung des Freiburger Rechts, daß Bürger sei, wer unverkümmertes Eigen einer Mark Wert in der Stadt habe.⁷ Sie alle waren auf Grund und Boden der Herrschaft entstanden, nicht wie Freiburg i. B. ausschließlich als Handelsstadt; im Argau waren — vorab bei Bremgarten — militärische Interessen im Vordergrund neben dem Handelsverkehr. Die Herrschaft hatte auch die Hofstätten gegen Zins verliehen; er war aber höher als in Freiburg. Mit dem Garten- und Ackerzins bildete er den Herrschaftszins und gab für die Herzoge von Österreich ein früh verwendetes Pfandobjekt ab.⁸ Daß auch die auf den Hofstätten erbauten Häuser bzw. dann überhaupt Grundbesitz im Friedkreis für Burger und Ausburger Bedingung des Bürgerrechts, also dem Freiburger Recht entsprechende Normen geltendes Recht waren, erweisen gelegentliche, meist spärliche, nur in Rheinfelden häufige Zeugnisse. Bürgerbriefe wurden eben wohl nur für Ausburger ausgestellt und sind meist nicht erhalten, ebenso fehlen ältere Bürgerbücher.

Für *Bremgarten* ist nur ein Fall bekannt, der einen

Ausbürger betrifft: Hans Schultheiß von Lenzburg, ein treuer Dienstmann der Herzoge von Österreich, nahm 1408 Bürgerrecht zu Bremgarten; die Stadt schlug ihm den Udel auf Eichibergs Garten, er hatte alljährlich auf S. Martins Tag 1 Gl. Steuer zu entrichten.⁹

Arau gab sich 1301 selbst zu Recht, „daz ein iedlicher wol ein frier burger heißen sol, des hūs niemanne wan vnferr herfschaft zinshaft ist.“ Hier sowohl wie im Bürgerbrief der Vorstadt von 1369, wonach diese von ihren Häusern Zinse und Dienste zu tun habe wie die eingesetzten Burger in der Stadt von ihren Häusern, ist deutlich die Beziehung zwischen Bürgerrecht und Hausbesitz anerkannt.

In *Brugg* wurde vor 1478 bestimmt: „Es ist zu wüssen, als dann vor etlicher zit ein gewonheit ist gefin, das einer burgrecht köft vnd das dann schläg uff ein huß — — —, das selbig ist nu geendert, vnd ietz so müß einer das burgrecht köfen vmb iij guldin“.

Für *Lenzburg* ist noch 1609 bezeugt, daß der Verkauf des „Burger- oder Säßhauses“ an Fremde den Verlust des Bürgerrechts und die Verpflichtung zum Wegzug nach sich zog; da damals ein Bürger sich dieser Ordnung nicht fügen wollte, bestätigte Bern auf Ansuchen der Stadt deren alte Satzung. Der Grund hiefür ist angegeben: das alte Recht war zur bequemen Polizeivorschrift geworden, „das destminder die vßeren zu inen sich inflicken vnd den stattkindern iren platz verschlachen mögind“; wer das Haus verkauft und damit das Bürgerrecht verloren hatte, war eben „Usserer“ geworden.

Aber auch in den Städten, die nicht Freiburger Recht hatten, galt derselbe Rechtssatz.

Von *Baden* ist ein Bürgerbrief für das Kloster Sion bei Klingnau von 1311 erhalten: Schultheiß, Rat und Bürger

erklären, daß sie den Prior und Konvent „ze vnſren rechten burgern nach vnſerre stat gewanheit enphangen hant, vnd das ſu ir burgrecht bi vns recht vnd redlich beſeffen hant, vnd das wir ir gutes ziwelf pfunt nuwer pfenninge in vnſerre gewalt han mit diſen gedingen, das wir inen gebunden ſin vnd gelobt hein, ſwenne ſv ald wir in dem zil, die wile ſu vnſer burger ſint, nicht enbern wellent, ſu legen die ſelben pfenninge in vnſerre vorgenanden ſtat an ein hus, das wir ſu danne der vorgenanden xii 7/8 pfenninge nuzlich weren vnd berichten; were aber, das ſu in dem zil, fo ſu vnſer burger ſint, ir vorgezalt güt nicht an ein hus leitin, fo ſulen wir inen danne an allen vſzug, ſwenne ir burgrechtes, das ſu ieze bi vns hant, iarzal vſkumet, ob ſu danne von vns varn wellent, ir vorgeſchribenen pfenninge genzlich richten, vnd ſulen ſu danne von vns varn in allem dem rechte, als ander vnſer burger von vns ſcheidet; vnd alle die wile, fo ſu ir vorgenandes güt, das wir ieze inne haben, nicht an ein hus hant geleit, fo ſulent ſu ir ſture ledig ſin“.¹⁰ Das Stadtbuch von Baden bestimmt (A 28), „das nieman in vnſer statt burgrecht haut noch ingeſeffen burger heiffet noch iſt, won der huſhählich in vnſer statt iſt vnd der von einem ſchultheiſſen vnd rät ze burger empfangen wirt vnd im von in der ſtatt recht geben wirt vnd der in vnſern ſtūrbüchen alſo geſchriben funden wirt“.

Das Recht von Baden ging auf *Kaiserstuhl* über; eine Satzung dieser Stadt von etwa 1480 zeigt, daß der Zusammenhang zwischen Burgerrecht und Hausbesitz noch nachwirkte, ebenso Satzung 104 des Stadtrechts von 1687.

Rheinfelden war als Gründung der Herzoge von Zähringen mit Freiburger Recht begabt; das ist urkundlich bezeugt,¹¹ leider aber das Stadtrecht nicht erhalten. Hätte es denselben Wortlaut gehabt wie dasjenige von Brem-

garten, so wäre das Arauer größere Stadtrecht nicht von Bremgarten, sondern von Rheinfelden herzuleiten, wie ja der erste Stadtbrief von Arau auf Rheinfelden verweist und später noch der Rechtszug von Arau nach Rheinfelden ging. Der Richtebrief, dessen ältester Teil aus dem Jahre 1290 stammt, vermag das verlorene Stadtrecht nicht zu ersetzen; er beschäftigt sich in der Hauptsache mit dem Strafrecht. Über das Bürgerrecht bestimmt eine kurz nach 1331 erlassene Satzung:¹²

Wan sol öch wissen: wirt ein vßman burger, der git ein pfunt; wirt ein felder burger, der git x β; der aber sin burgreht geerbet het, der git fvnf schilling; wer öch, daz ein burger beriete sinen lvn, daß der dar nach jar vnd tag burger ist.

Daß aber tatsächlich der Grundsatz des Freiburger Rechts galt, beweisen folgende Urkunden:¹³

1358 IX. 24. Vor Herman von Bellikon, Schultheiß zu Rheinfelden, und dem Gericht daselbst gibt Wernher Hechler, Bürger von Rheinfelden, dem Priester und Domherrn Cünrat dem Kamber zu Handen der Stift Rheinfelden zu seinem Seelenheile 4 β d Gelts „vff den drin teilen des orthus“, das man nemmet Schuppen hus, gelegen ze Rinuelden nach bi dem Kupfhertürlin nitwendig der ringmur“. [Auf dem vierten Teile haftete, wie die folgenden Urkunden zeigen, das Bürgerrecht.]

1370 I. 15. Vor dem Schultheißen Johans Wagner und dem Gericht zu Rh. verkauft Anna, Hentzis Swertzis sel. Bürgers zu Rh. Ehefrau, mit ihrer Enkelin der Stift Rh. für ledig eigen 1 ¼ d Gelts Basler Münze „vff vnd ab irem sezhuse vberall, daz gelegen ist ze Rinuelden vnd daz da stoffet hinder an den lwartzen man, an allein ab irem burgrecht, wand si daz ir selben het vor vff behebpt“, um 23 ü Stäbler.

1371 III. 14. Vor dem Schultheißen Cunrat Kelhald und dem Gericht zu Rh. verkauft Henman Klewli, Burger zu Rh., der Stift Rh. 1 1/2 Gelts Basler „vff sinem teil vber all des husses vnd hoffes genant Klewlis hoff *an allein vff sinem burgrecht, dar ab er burger ist, daz ist der vierteil des stalles* wider die gassen, da die tur in gat in den stal“, um 21 1/2 Stäbler.

1383 III. 10. Henman zer Balm, Burger zu Rh., verkauft Josten von Wis, Stadtschreiber zu Rh., 10 1/2 d Gelts erstlich ab seinem *Haus* samt Gärtlein dahinter, genannt Schöbegg, „für lidig eigen *ane allein den vierteil*, der lit wider Rütlchis Lieftals hus, *darab ich burger bin*“; das Haus Schöbegg liegt zu Rh. in der Stadt an der Strüchelgassen; ferner ab seinem Garten an der Klos um 6 Gl.

1387 VI. 25. Vor dem Schultheißen Ulrich Heyden und dem Gericht zu Rh. verkauft Ulrich Teilcz, Burger zu Rh., der Stift Rh. 10 1/2 d Gelts gewöhnlicher Zinspfenninge je auf S. Martis Tag „vff vnd ab *sinem sehus* vberal vnd vff allen sinen ingriffen vnd zugehörden *an allein sin burgrecht*, daz het er im selben vffbehept, daz selbe hus ist gelegen ze Rinfelden — — — bi dem kilchofbrunnen“, um 10 1/2 Haller.

1390 VIII. 30. Vor dem Schultheißen Johans von Wegenstetten und dem Gericht zu Rh. gibt „der erber knecht Hans von Vlm genant der Lutenflacher, ein zimberman, sehaft ze Rinfelden,“ der Stift Rh. als ewige Gabe zu seinem Seelenheil 3 1/2 4 d Gelts gewöhnlicher Zinspfennige ab drei Teilen seines Säßhauses beim Rheintor zu einer Jahrzeit den Chorherren und 1 1/2 d Gelts ab denselben drei Teilen seines Hauses um Wachs zu den Kerzen als Seelgeräte den Kaplänen mit dem Gedinge, daß *er möge Burger werden „ab dem vordren vierteil sines sehus“*

wider der — — Telczinen hus, da die túr ingat, daz ouch — — herr Johans Scholl [Schaffner der Stift] an sin selbs vnd der tūmherren stat gemeinlich verhangte vnd im den selben vierteil lidig lies vnd vfgab für lidig eygen“, deshalb nämlich, weil die Stift auf dem *ganzen* Hause „vff der eygenschaft“ bereits eine Gült hatte; „daz selb gelt si öch vff die drig teil geflagen hant, vmb daz im der egenant vierteil lidig wurde.“

1393 II. 1. Vor dem Schultheißen Burkart Schurli von Stofflen und dem Gericht zu Rh. verkauft Jost von Wis der Stadtschreiber zu Rh. der Stift Rh. 10 β d Gelts ab Henmans zer Balm sel. Haus genannt Schöbegg an der Strüchelgassen und dem Gärtlein dahinter „für lidig eygen an allein den vierteil des selben hus wider Rütschi Liestals hus, dar ab der egenant Henman zer Balm selig burger was“, um 9 β 2 β d.

1397 VI. 23. Vor dem Schultheißen Burkart Schürli von Stoffeln und dem Gericht zu Rh. verkauft Herman Weber, Burger zu Rh., an Frau Richi Schümpellin, Burgerin zu Rh., Witwe Johans Schümpellis sel., für ledig eigen $1/2$ Gl. Gelts „vff vnd ab drin vierteilen sines sehus — — in der stat Rinfelden in der Strüchelgassen vnd stoffet ze einer siten an Heini Hukermans hus vnd hof vnd ze der andren siten an Wissharinen hofstat; vnd als die selb fr. Richi vor dem brand einen guldin geltz vff dem selben hus hatte vnd dem selben Herman die gnad tet nach dem brand, das si im einen halben guldin gelcz ablies vnd im an den buw schankt, also het der selb Herman der selben Richinen aber wider vmb einen halben guldin gelcz ze köffende gegeben, das si aber nu einen ganczen guldin gelcz dar vff het — — für lidig eygen vff vnd ab drin viertern des egenanten Hermans sehus, daz vff den hindren

zwein vierteln vnd vff dem vordren vierteil wider Hukermans hof — — vnd vff dem hof vnd — — zugehörden, *vsgenomen allein der vorder vierteil*, da die tür ingat mit Steg vnd mit weg durch den hof, der sol Herman Webers vnd finer erben vnd nachkommen eygen sin, *wand der selb Herman burger dar ab ist*“. Kaufsumme 9 $\frac{7}{8}$ d weniger 5 β .

Also ist im Argau nachzuweisen Bürgerrecht auf Hausbesitz und auf Grundeigentum in der Stadt und auf dessen Fiktion; die Beispiele zeigen mithin, daß auch für die argauischen Städte gilt: nur städtische Grund- bzw. Hausbesitzer wurden zu den Bürgern gerechnet.¹⁴

Quellen: So weit Stadtrechtsquellen ohne Fundort angeführt werden, stehen sie in der Sammlung schweiz. Rechtsquellen, herausgegeben auf Veranstaltung des schweiz. Juristenvereins XVI. Abteilung, I. Teil bis jetzt 4 Bände (Arau, Baden und Brugg, Kaiserstuhl und Klingnau, Bremgarten und Lenzburg). Ferner verweise ich auf die zur 47. Jahresversammlung des schweiz. Juristenvereins in Arau 1909 herausgegebene Festschrift Die Stadt Arau als Beispiel einer landesherrlichen Stadtründung, namentlich über die verschiedenen Stadtrechtsfamilien und die gegenseitige Abhängigkeit der Stadtrechte. — ¹ Der umstrittene Charakter dieses Zinses — Grundzins oder Grundsteuer — braucht hier nicht erörtert zu werden, vgl. *A. Heusler* Verfassungsgesch. d. St. Basel, 1860, S. 50ff; *S. Rietschel* Markt u. Stadt, 1897, S. 134f; *P. Meerwein* Die gerichtl. Fertigung im Basler Stadtr. d. 13. Jhdts., 1903, S. 3ff mit weiterer Literatur. — ² *F. E. Welti* Beiträge z. Gesch. d. ält. Stadtrechts v. Freiburg i. Ü., 1908, S. 31f glaubt, mit Rücksicht auf die Handveste von Flümet, die auch Freiburger Recht enthält, und den Stadtrotel von Freiburg i. B. (Art. 1: mercatoribus — — areas in constituto foro in proprium ius distribuens ad domos in eisdem areis edificandas) sei die überlieferte Fassung des Gründungsprivilegs dieser Stadt „unicuique mercatori haream in constituto foro domos in proprium ius edificandas distribui“ zu emendieren in „haream in constituto foro in proprium ius ad domos edificandas distribui“; demgemäß wären auch die Hofstätten Eigentum der Bürger geworden und zinsfrei gewesen; die Zinsfreiheit sei nur bei der Gründung gewährt, später aber versagt worden, ein Überrest derselben sei die Freiheit der Ratsmitglieder vom Hofstattzins im späteren Recht. Ich halte den überlieferten Text für richtig. Abgesehen davon, daß der nicht im Original erhaltene Text von Flümet erst durch eine Konjektur (er lautet: aream in constituto foro domos in proprium ius

ad edificandas distribui, soll aber gelautet haben: in const. f. in pr. ius ad domos ed.) zum Beweise geeignet wird, der wirklich überlieferte Text dagegen mit der Freiburger Überlieferung stimmt, darf der Stadtrotel hier nicht ausschlaggebend in die Wagschale fallen; er ist ja viel später erst (um 1248) entstanden und enthält nicht das damals geltende Recht, sondern das Recht, das nach dem Wunsche der Stadt hätte gelten sollen; er ist, wie *Rietschel* Neue Studien über die ältern Stadtrechte von Freiburg i. B. (Festgabe für F. von Thudichum 1907) S. 15 sagt, eine Fälschung, bringt Ansprüche der Bürger gegenüber der Herrschaft, und gerade hier wollten die Bürger mit einer kleinen redaktionellen Änderung die Hofstätten als wirkliches Eigen erscheinen lassen und den Arealzins, wie damals die Entwicklung einsetzte, als Rente. Den besten Beweis, daß ursprünglich nicht die Hofstätten, sondern nur die Häuser freies Eigen der Bürger wurden, gibt die im Texte weiter dargelegte Rechtsentwicklung; hier wäre die besondere Betonung des Hauses nicht verständlich, wenn auch die Area im Eigentum des Bürgers gestanden hätte; warum hätte dann das Bürgerrecht nicht beide — area und domus — ergriffen? Ich stimme also der Ansicht *Rietschels* a. O. 6 bei. Ob endlich mit *Welti* a. O. 41 (Note) Art. 50 (40) der Freiburger Handveste so auszulegen ist, „daß der Besitzer eines proprium Bürger sei, aber nicht, daß einer nur dann Bürger sei, wenn er ein proprium besitze“, mag dahingestellt bleiben; das spätere Freiburger Recht setzte (1275), wie er selbst ausführt, diese Bedingung für den Bürgerrechtserwerb, und sie bestand zweifellos schon, als die Verleihung des Freiburgerrechts an Bremgarten erfolgte. Daß sie für die Stadtbürger wie die Ausbürger galt, beweist wieder die Stellung des Hauses zum Bürgerrecht, die für beide Kategorien dieselbe war. — ³ Urkundenbuch d. St. Freiburg i. B. hgg. v. *H. Schreiber* I 78 f. — ⁴ Das. I 129. — ⁵ Das. I 81, 131. — ⁶ Ich gebe hier einige Belegstellen und Literatur über den Udel bzw. das damit bezeichnete Rechtsinstitut, mag es geheißen haben, wie es will, und zwar 1) für *Städte mit Freiburger Recht*: a) *Bern*: *G. Walther* System der Abzugsgerechtigkeit, 1775, S. 92 ff; *E. von Wattenwyl von Diesbach* Über d. öff. Recht d. Landsch. Kleinburgund im Archiv f. schw. Gesch. XIII 11ff; *G. Studer* im Archiv d. hist. Vereins des Kts. Bern VIII 186—203; *A. Zeerleder* Die Berner Handfeste in der Festschrift z. Feier d. Gründung Berns, 1891, S. 44 f; *Stadtrecht von Bern* hgg. v. *F. E. Welti* I 74¹⁵.¹⁸; einzelne Bürgerbriefe in den *Fontes rerum Bernensium*, ferner der von Studer angeführte der Freien von Arburg bei *W. Merz* Die Freien von Arburg in *Argovia* XXIX 109 n° 301; einen Fall, wie bei verweigerter Zahlung der als Udel verschriebenen Summe vorgegangen wurde, erzählt *Justinger* Bern. Chr. hgg. v. *G. Studer* 165 c. 261; b) *Thun*: Urk. v. 30. III. 1256 (Font. II 414): — — quicumque ejusdem oppidi nostri inhabitator sive extraneus domum seu alium locum mansionis secun-

dum contrahende ibidem civilitatis consuetudinem quo vulgo dicitur
üdil comparaverit — —; vgl. dazu *J. E. Kopp* Gesch. d. eidg. Bünde II² 16,
J. Rubin Handveste d. St. Thun, 1779, S. 163, *A. Zeerleder* Mitteilungen
über die Thuner Handfeste, Neujahrsbl. d. Hist. V. Bern 1896, S. 12;
c) *Arberg* vgl. Font. II 344 n^o 320; d) *Burgdorf*: Font. III 60f;
e) *Neuenburg i. B.*: Zeitschr. f. d. Gesch. d. Oberrheins n. F. I 108;
f) *Kolmar*: Stadtrechtsbrief von 1278 Art. 1 (hgg. v. *F. Gfrörer* im
Programm der Realschule von Rappoltsweiler 1886); g) *Lahr*: typische
Beispiele in der Zeitschr. f. d. Gesch. d. Oberrheins VIII 39—48;
2) für *andere Städte*: a) *Soloturn*: *F. Haffner* Solot. Schaw-Platz II
158; *J. J. Amiet* im Jahrbuch f. schweiz. Gesch. II 189ff; einzelne
Fälle: 1312 ego in dimidia parte domus — — habeo udalicum
burgensie mee Solodorensis (Solot. Wochenbl. 1818 S. 127), 1326
(Rentenkauf, das. 1813 S. 164 n^o 5), 1456 (das. 1846 S. 32), 1502
(*Merz* Die Burgen des Sisgaus I 18); b) *Luzern*: *A. Ph. v. Segesser*
Rechtsgeschichte v. L. I (1850) 178ff; c) *Zürich*: Richtebrief IV 58
(Archiv f. schw. Gesch. V 228f); Histor. u. Critische Beyträge zu der
Historie der Eidgenossen, 1739, II 15; Zürcher Stadtbücher hgg. v.
H. Zeller-Werdmüller I (1899) 12 n^o 26, 67 n^o 167; d) *Basel*: *P. Meer-
wein* Die gerichtl. Fertigung im Basler Stadtrecht d. 13. Jhdts., 1903,
S. 10ff; e) *Strassburg*: zweites Stadtrecht (um 1200) im Urkach. v.
Str. I 478; f) weitere Städte vgl. *Meerwein* a. O. 10 §2. Zur Etymologie
von Udel vgl. Schweiz. Idiot. I 98, *Amiet* a. O. 190, ferner die Urk.
v. 3. V. 1280 für Unterseen (Font. III 280): nec minus licet nostris
hominibus quibuslibet infra oppidum vel extra residentibus suas domos
que ödel dicuntur in dicto opido sitas eidem Interlacensi ecclesie ero-
gare. — ⁷ Vgl. Art. 41 der Handvesten von Bremgarten, Arau, Brugg
und Lenzburg und Art. 50 derjenigen von Sursee (Zeitschr. f. schw.
Recht n. F. II 346). — ⁸ Vgl. das Habsb. Urbar I 137, II¹ 105, 602,
744 für Arau, II¹ 112 für Bremgarten, I 138 und II¹ 133 für Brugg,
II¹ 97 u. 742 für Lenzburg, II¹ 121 für Mellingen und II¹ 612 für Sursee;
für Bremgarten ferner das Stadtr. v. B. 3, 25, 42, für Lenzburg das
Stadtr. v. L. 196. — ⁹ Argovia VIII 163. — ¹⁰ Im Stadtr. v. Baden
2²⁵ ist gemäß den Urkunden des Stadtarchivs Baden hgg. von *F. E.
Welti* I 3 n^o 4 der Druckfehler „vii“ in „xii“ zu verbessern. Ein anderer
Bürgerbrief der Stadt Baden für die Kommende Beuggen vom 26. IV.
1325 sagt einfach, die Stadt habe den Komtur an Statt der Kommende
zu Burger empfangen „nach unser stat recht ze Baden, also das er
uns mit fünf schillingen rechter stüre zu dem jare gedienet habe“
(Zeitschr. f. d. Gesch. d. Oberrheins VIII 26 n^o 14). — ¹¹ Urkunden-
buch d. St. Freiburg i. B. hgg. v. *Schreiber* II 182. — ¹² Der Richte-
brief ist zwar in Argovia I gedruckt, allein nicht zuverlässig; ich
zitiere nach eigener Abschrift des Originals. — ¹³ Alle im Pfarr-
archiv Rheinfelden. — ¹⁴ *R. Schröder* Lehrbuch d. dtsch. Rechts-
geschichte ⁵ 648, viel weiter geht *Meerwein* a. O.